LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/8990**

19.04.2024

Kleine Anfrage 3723

der Abgeordneten Markus Wagner und Enxhi Seli-Zacharias AfD

Steigende Terrorgefahr durch islamistische Einwanderer – Wie steht es um NRW?

Der Terroranschlag auf das Moskauer Konzerthaus, bei dem mindestens 133 Opfer ums Leben kamen, ist einer der fatalsten islamistischen Anschläge seit Jahren. Die Terrormiliz ISIS hatte sich zu diesem Anschlag bekannt und Attentäter vom ISPK, also dem Islamischen Staat in der Provinz Khorasan, welcher der aktuell gefährlichste Ableger der Terrormiliz ist, geschickt. Die Terroristen von Moskau sollen wie die Tatverdächtigen des geplanten Anschlags auf den Kölner Dom an Weihnachten aus Tadschikistan stammen. Nun seien sich zuständige Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste sicher, dass auch in Deutschland und weiteren westeuropäischen Ländern solche islamischen Anschläge drohen würden. Aufgrund der im Sommer in Deutschland anstehenden Fußball-Europameisterschaft und der darauffolgenden Olympischen Spiele in Paris werde sogar eine „regelrechte neue Anschlagswelle“[1] befürchtet, da diese Ereignisse eine weltweite Bühne bieten.

Ein neuer Gefährdungsfaktor sei, dass die radikalen Islamisten nicht nur über Soziale Medien angeworben und angeleitet werden, wie man Sprengsätze herstellt, sondern auch, dass sie zusätzlich seit 2022 – wie auch die Verdächtigen des geplanten Anschlags in Köln – vermehrt über die Ukraine und als Kriegsflüchtlinge ausgegeben gezielt nach Deutschland einreisen würden. „Die Stimme von Khorasan“ sei derzeit das prägendste Online-Propaganda-Magazin der Terrormiliz. Dort werde auf insgesamt 48 Seiten die westliche Lebensweise niedergemacht und davon berichtet, wie „Die Kräfte Satans“ das „Virus der Homosexualität“ unter muslimischen Jugendlichen verbreiten würden. Das Mittel dagegen wäre einzig der bewaffnete „Heilige Krieg“. Im weiteren Verlauf heiße es dann: „Tötet sie, wo immer ihr sie findet.“ Als Ziel werde unter anderem Berlin angegeben, da dort „Schweine“ und „Affen“ Homosexuelle in Moscheen begrüßen, jedoch verschleierte Frauen ablehnen würden.[2]

Staatsschützer gehen davon aus, dass es derzeit ein gut ausgebautes Terrornetzwerk der Tadschiken in Westeuropa geben würde, welches mehr als 100 Islamisten umfassen soll. Allein in Deutschland gebe es bereits mehr als 50, von denen der Großteil in Nordrhein-Westfalen lebe und sehr verdeckt aus dem Untergrund herausarbeiten soll. So seien die Smartphones der festgenommenen Verdächtigen in Bezug auf den geplanten Anschlag auf den Kölner Dom neu gekauft und zudem auf Werkseinstellungen zurückgesetzt gewesen. Des Weiteren steige die Gefahr einer Einreise von Terroristen durch die aktuelle Situation in der Ukraine. Unter den Flüchtlingen aus dieser Region sollen sich demnach vermehrt Islamisten

[1] https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/nachrichtendienste-terror-tadschiken-haben-auch-deutschland-im-visier-87626784.bild.html.
[2] Ebenda.

Datum des Originals: 19.04.2024/Ausgegeben: 22.04.2024

aus Ländern wie Afghanistan, Usbekistan oder Tadschikistan aufhalten. Sie versuchen sich dann unter dem Vorwand, vor Gewalt und Verfolgung zu fliehen, nach Deutschland einzuschleusen.[3]

Zusätzlich kamen Akteure wie der Generalbundesanwalt, der Verfassungsschutz-Chef oder auch der US-General Michael Kurilla zu der Erkenntnis, dass die Gefahr von Anschlägen noch nicht vorüber sei und die Gefährdungslage in Deutschland durch das Erstarken der Terrormiliz in Afghanistan steigen würde. Nach Auskünften des US-Geheimdienstes sei es bislang bereits zu mehr als zwölf „externen Operationen“ durch die Terroristen gekommen, von denen mindestens drei in Deutschland gewesen sein sollen. Der erste vereitelte Anschlag soll demnach für das Jahr 2020 geplant gewesen sein. Fünf tadschikische Angeklagten wurden im Mai 2022 durch das Oberlandesgericht in Düsseldorf aufgrund von Mitgliedschaften in einer Terrormiliz zu Haftstrafen von knapp vier bis zu neuneinhalb Jahren verurteilt. Laut Anklage sollen die 25 bis 34 Jahre alten Angeklagten einer ISPK-Terrorzelle angehört und auf Anweisung führender ISIS-Anhänger Anschläge in Deutschland geplant haben. Unter anderem sei ein Drohnen-Anschlag auf eine US-Militärbasis in Planung gewesen. Zusätzlich konnten im Sommer 2023 Fahnder des Bundeskriminalamtes in Kooperation mit der GSG 9 und mit insgesamt sieben Haftbefehlen des Generalbundesanwalts mehrere tadschikische, einen turkmenischen und einen kirgisischen Verdächtigen festnehmen, die mit Beginn des Ukraine-Krieges im Frühjahr 2022 nach Deutschland eingereist waren und dort ab spätestens Juni 2022 eine terroristische Vereinigung gegründet haben sollen. Unter anderem sei von den Verdächtigen möglicherweise ein Anschlag auf eine Kölner Kirmes geplant worden. Hinzu kommen die vereitelten Anschläge auf den Wiener Stephansdom und den Kölner Dom im vergangenen Winter. Es wird vermutet, dass islamistische Tadschiken in Köln mit einem Auto und in Wien mit Kalaschnikows Attentate verüben wollten.[4]

Als eine der größten Gefahren für Großveranstaltungen dieses Jahres werden derzeit Drohnen, die mit Sprengstoff besetzt sind, eingeschätzt. Solche Fluggeräte gebe es im Internet bereits für weniger als 1000 Euro; zusätzlich seien Anleitungen für Abwurfeinrichtungen aus dem 3D-Drucker zu kaufen. Ein weiterer Grund für den potentiell vermehrten Einsatz dieser Sprengstoff-Drohnen sei der Fakt, dass Sprengsätze wie Granaten oder Panzerfaust-Köpfe im Kriegsgebiet in der Ukraine einfach zu beschaffen seien.[5]

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Wie viele als islamistische Gefährder eingestufte Personen befinden sich aktuell in NRW? (Bitte nach Nationalität aufschlüsseln und bei Deutschen eine Mehrfachstaatsangehörigkeit extra ausweisen.)

2. Wie viele Flüchtlinge sind seit 2022 bis heute pro Jahr aus der Ukraine nach NRW geflohen, stammen selbst aber aus einem anderen Land als der Ukraine? (Bitte nach Geschlecht, Alter und Nationalität aufschlüsseln und bei Deutschen eine Mehrfachstaatsangehörigkeit extra ausweisen.)

3. Wie viele dieser eingereisten Flüchtlinge stehen im Verdacht, im Kontakt mit terroristischen Netzwerken zu sein?

[3] Ebenda.
[4] Ebenda.
[5] Ebenda.

4. Wie beurteilt die Landesregierung die Einschätzung einer steigenden Gefahrenlage in Deutschland bezüglich islamistischer Terroristen?

5. Plant die Landesregierung konkrete Präventivmaßnahmen aufgrund der steigenden Terrorgefahr speziell in Hinsicht auf die anstehende Europameisterschaft in Deutschland?

Markus Wagner
Enxhi Seli-Zacharias